

Der „Demokratie- & Sozial-Stachel“ für Zeulenroda- Triebes und Umgebung!

Bürgerinformationsblatt der BIZ 05/ 2013

der Bürgerinitiative für sozialverträgliche Abgaben und Leistungsgerechtigkeit in

Zeulenroda- Triebes und Umgebung BIZ e.V.:

Vertreten im Kreistag des Landkreises Greiz (Fraktionsgemeinschaft mit Vertretern von Bündnis 90/die Grünen und IWA), als eigene Fraktion im Stadtrat von Zeulenroda- Triebes und in verschiedenen Orts- und Ortsteilparlamenten! Wir bitten um Beiträge und Kommentare der Mitglieder der BIZ und von Interessenten an unserer Tätigkeit zu folgenden Rubriken:

- Wissenswertes/ Aktuelles aus **dem Thüringer Landtag** (bezogen auf unser Territorium); Das Gleiche, mit seinen Auswirkungen auf den Bürger, aus dem **Kreistag Greiz, dem Stadtrat Zeulenroda-Triebes und deren Ortsteilräten, sowie aus den Ortschaftsräten der umliegenden Orte;**
- Informationen zu Entwicklungen an der Steuer-, Beitrags- und Gebührenfront im Territorium Greiz, Zeulenroda-Triebes und Umgebung.

Die BIZ zum gestoppten Volksbegehren(OTZ vom 11.04.2013)

„Im Namen des Volkes“, es wurde gegen dessen tausendfachen Willen formal Recht gesprochen. Aber das auch nur, weil dies auf der Grundlage einer **vom Volk nicht** gegebenen Thüringer Verfassung kaum anders möglich war.

Wir waren das Volk!! Es bewahrheitet sich mit diesem Urteil wieder, dass der „Souverän“ in diesem Land absolut nichts zu melden, oder durch seine Initiative zu bestimmen hat. Das Parlament und die Landesregierung muss sich die Frage stellen lassen, warum sie immer wieder zur demokratischen Mitwirkung in Sonntagsreden und bei ihren anderen öffentlichen Auftritten aufrufen, sich in die demokratische Mitwirkung als Bürger einzubringen. Derartige Verlautbarungen sollte der „wachsame Bürger“ als „irreführendes Geschwätz und Gefasel“ von Anhängern der herrschenden politischen Kaste immer auf seinen Wahrheitsgehalt abklopfen. So kann er feststellen, dass diese scheinheilig und ausschließlich auf den Erhalt der Macht ausgerichtet sind.

Wenn Herr Paculla in seinem Kommentar von „Gruppeninteressen der Grundstücksbesitzer“ schreibt, die durch die Bürgerinitiativen vertreten werden. Dann unterschätzt er hier, dass es eben nicht nur die Interessen „der Gruppen der der Grundstücksbesitzer“ sind, die vertreten wurden. Sie interessieren die Belastung am wenigsten, da sie diese Lasten im Umlageverfahren an ihre Mieter, Nutzer oder Pächter etc. weitergeben können.

Ich selbst war an den Infoständen in Zeulenroda mehrfach an den Unterschriftensammlungen für dieses „Volksbegehren“ beteiligt und habe dabei die vielen negativen Stimmungen der Bürger zur Landespolitik in Thüringen aufnehmen können. Zumeist sind diese geprägt von großer Resignation, wenn es um reale Bürgerechte geht. An dieser Stelle lässt sich auch

kaum einmal ein verantwortlicher Politiker sehen. Ihnen bleibt es vorbehalten, sich vor „handverlesenem Publikum“ zu präsentieren. Maximal sind sie in Wahlkämpfen präsent, aber da geht es ja auch um „persönliche Pfründe“, die zu erhalten sind. Dietrich Hoffmann

Mein Zensurkommentar zur OTZ: In dem jetzt abgedruckten „Beitragsfragment meines Leserbriefes (markierter Teil)“ bezieht sich die OTZ „verkürzt“ nur auf meine Aussagen zum Kommentar von Herrn Paculla und meine Erlebnisse bei den Unterschriftensammlungen. **Das halte ich für bewusste Zensur** durch Weglassen wesentlicher inhaltlicher Aussagen und eine Verfälschung meiner persönlichen Meinungsäußerung. Dieses Verhalten und die Bewertung des Verfahrens durch Herrn Paculla im Kommentar dazu machen wieder einmal erschreckend deutlich, dass von der OTZ nur Beiträge gefragt sind, die fundamentale Kritik an bestehenden Verhältnissen nicht zum Ausdruck bringen, also weich gespült sind. Das ist sicher keine Werbung für praktizierte Pressefreiheit im Produkt OTZ. Aber auch das muss der geneigte Leser unbedingt wissen. D. Hoffmann

Auch Ralf-Uwe Beck vom Verein Mehr Demokratie nannte es „einen Webfehler“, den Bürgern anzubieten, selbst gesetzgeberisch tätig zu werden, sie aber auszusperrten, sobald es um Geld geht. Er bestätigt also unsere Beurteilung zur so genannten demokratischen Mitwirkung. Dazu druckte der Verein Postkarten auf denen **weiß auf schwarz** steht „Seit über 60 Jahren verhindert die CDU den bundesweiten Volksentscheid“.

Die BIZ zum Urteil vom Bundesverfassungsgericht zur Fristenregelung im KAG Bayern:

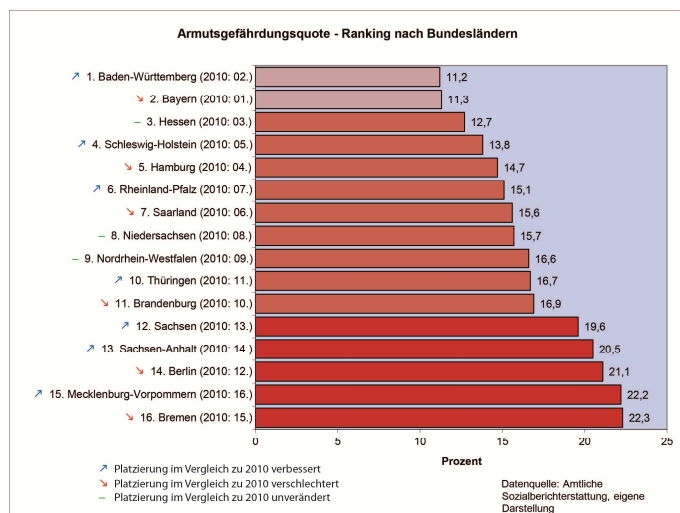
Das Bundesverfassungsgericht hebelte, wie in der Info 4/2013 bereits bekannt gemacht wurde, eine spezielle Fristenregelung im bayerischen Kommunalabgabengesetz komplett aus.

Der Beschluss des BVG betrifft nun zwar formell Bayern und das bayerische Kommunalabgabengesetz, er stellt aber die weiterhin laufende Erhebung sogenannter Altanschließer- Beiträge in anderen Bundesländern wie zum Beispiel den Freistaat Thüringen auch in Frage. In Thüringen ist eine wortgleiche Formulierung wie in Bayern, so im Thüringer Kommunalabgabengesetz enthalten. Hier rächt sich die Eins zu Eins Übernahme von Gesetzestexten anderer Bundesländer in das Thüringer Gesetzeswerk. Deshalb muss **dieses Grundsatzurteil des BVG** jetzt auch hier angewendet werden.

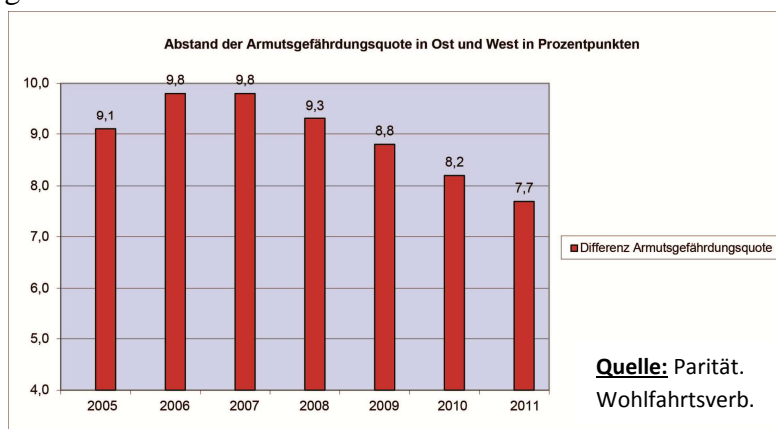
DIE LINKE im Landtag brachte deshalb einen „Achten Gesetzentwurf zur Änderung des (ThürKAG)“ in den Landtag ein. Dieser sieht vor, dass die Anwendung des § 7 Absatz 12 des Thüringer Kommunalabgabengesetzes bis zum 1. April 2014 ausgesetzt wird. Die Landesregierung wird gleichzeitig aufgefordert auf Grundlage des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichtes umgehend dem Landtag eine Neuregelung vorzulegen, so dass der Landtag spätestens bis zum 1. April 2014 (Inkrafttreten) eine verfassungskonforme Regelung beschließen kann. Das findet unsere uneingeschränkte Unterstützung. Es wird interessant sein, wie die Landesregierung und die im Landtag vertretenen Parteien sich dazu verhalten. D.Hoffm.

Die BIZ zum Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung:

Die erste Fassung war im Ministerium von Frau U. von der Leyen (CDU) erarbeitet und dann den anderen ministeriellen Ressorts vorgelegt worden. Es habe bei der Abstimmung mit ihnen Veränderungswünsche gegeben, bestätigte ein Sprecher des Arbeitsministeriums der Presse. Dies sei jedoch "ein ganz normaler



gang". Das dabei dahingehend verändert wurde, dass in erster Linie geschönt, und das dann als Veränderung angepriesen wurde, ist an sich vor der Bundestagswahl als normal zu erwarten gewesen. Selbst bestimmte Fakten tauchten in dem Bericht jetzt nicht mehr auf. In der ersten Version habe es geheißen: "Allerdings arbeiteten im Jahr 2010 in Deutschland knapp über vier Mio. Menschen für einen Bruttostundenlohn von unter sieben Euro." Dieser Satz sei gestrichen worden.,,Armut heute“ als notwendige Bedingung für ein „wettbewerbsfähiges Europa“ und damit „Wohlstand von morgen“? Doch die Wirklichkeit ist nicht zu fälschen. In Wahrheit wird umverteilt zugunsten der Arbeitgeber, Wohlhabenden und Besserverdiener als Klientel der FDP. Das stellt sich als totale Falschbewertung der heutigen. sozialen Realität dar. Der Faktor der demografischen Entwicklung und der durch gebrochene Erwerbsbiografien im Osten nach der politischen Wende verursachten Massenarbeitslosigkeit, sowie mit den damit zusammenhängenden geringfügigen Beitragszahlungen vor allem in die Rentenversicherungen, werden hier das Phänomen der Altersarmut künftig weiter stark anwachsen lassen. Dies muss von der Politik stärker als bisher durch entsprechende Maßnahmen beachtet und gegensteuert werden.



Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind zwar immer noch eklatant, so eine Wertung des paritätischen Wohlfahrtsverbandes, werde jedoch seit 2005 im Trend als etwas kleiner gewertet. Betrug damals der Unterschied der Armutsgefährdungsquote West zur Armutsgefährdungsquote Ost 9,1 Prozentpunkte, so beträgt diese im

Jahr 2011 immer noch 7,7 Prozentpunkte. Bemerkenswerterweise ist diese Annäherung in etwa gleichen Teilen einer leichten Verbesserung der Situation im Osten und einer stärkeren Verschlechterung der Situation im Westen geschuldet.

Sogar eine von Arbeitgebern finanzierte Studie kommt zum Ergebnis, dass 69 Prozent der Deutschen meinen, es gehe nicht gerecht zu in Deutschland.

D. Hoffmann

Die BIZ zur Problematik Kleinkläranlagen:

Am vergangenen Mittwoch (15.05.13) beriet der BIZ-Vorstand in Kleinwolschendorf die Bedingungen zu den geforderten Hauskläranlagen für nicht angeschlossene Grundstücke. Derzeitige Kalkulationen gehen von ca. 15.000 Euro über einen Zeitraum von 15 Jahren - wieder ein Beitrag zum „demographischen Wandel“.

Der Zweckverband „Mittleres Elstertal Gera“ sucht daher nach Alternativen, wie der dortige BI-Vorsitzende Günter Franke informierte. Bärbel Rentzsch bat daraufhin den Vorsitzenden des Zeulenrodaer Zweckverbandes, Herrn Weinlich, um die Prüfung einer Nachnutzung der Geraer Erfahrungen mit dem dort angebotenen „Komplettpaket“.

Ein weiteres Thema waren Aktionen zur Bundestagswahl 2013. Hier einigte man sich nach Vorschlägen von Bärbel Rentzsch, Dietrich Hoffmann und Siegmund Borek auf Wahlprüfsteine, welche an Ostthüringer Bewerber für den Bundestag nach Endredaktion durch Dietrich Hoffmann versandt werden (**siehe nächster Beitrag**).

Für den neuen Verbraucherbeirat des ZV WAZ wollen sich Theo Besser, bereits auch bisher tätig, und Jürgen Glaser bewerben.

gez. Siegmund Borek

Dazu gehören – mit Vorschlägen und Anregungen aus der Diskussion zur Bundestagswahl im Sept.2013 im BIZ-Vorstand am 15.05. 2013 folgende thematische Schwerpunkte:

1. **Welche Positionen werden Sie und Ihre Partei zur mehrfach von CDU/FDP versprochenen Rentenangleichung, zur Angleichung der Löhne und Gehälter und zur Herstellung gleicher Lebensverhältnisse in Ost/West einnehmen.**
2. Welche Positionen zum einheitlichen Mindestlohn, statt zur weiterer Abwanderung in Hochlohnländer und zur Gegensteuerung gegen die sich abzeichnende Altersarmut wegen der negativen Demografieentwicklung nehmen Sie ein? Welche konkreten Maßnahmen zur Demografieentwicklung unterstützen Sie?
3. Welche Positionen beziehen Sie und Ihre Partei zur Einführung von bundesweiten Volksentscheiden oder Volksbegehren – Deutschland ist Schlusslicht in der EU!
4. Wie sollen die Kommunen durch ihre bessere Finanzausstattung in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben gegenüber den Bürgern zielorientierter zu gestalten, statt immer größere Einschränkungen vornehmen zu müssen.
5. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie zur Stärkung der Infrastruktur bzw. der Verkehrsinfrastruktur des öffentlichen ÖPNV, vor allem im ländlichen Raum beitragen, statt das weitere Ausdünnen von Bus- und Bahnlinien vorzunehmen? Wie wollen Sie die Mobilität der Bevölkerung im ländlichen Raum gewährleisten?
6. Welche Positionen werden von Ihnen zur aktuellen Europapolitik bzw. der noch nicht beendeten Finanzkrise vertreten?
7. Welche Positionen zur Einhaltung der EU-Wasserrahmrichtlinie nach finanziellen Gegebenheiten der Kostenträger, besonders privater Haushalte, Mittelständler und Kommunen beziehen Sie?
8. Welche Positionen gegen die Privatisierung der Wasserversorgung nehmen Sie ein? Bisher fehlende Bundestagsbeschlüsse werden dazu von Ihnen mit welchem Inhalten künftig vertreten? Wasser als grundsätzliches Menschenrecht gehört nicht in private Hände!
9. Die Einführung von Seniorentarifen für Kultur- und Sportveranstaltungen, wie in einigen EU-Ländern üblich, sollten von Ihnen unterstützt werden!?

Als Vorstand der BIZ legen wir großen Wert auf die inhaltlich fundierte Beantwortung dieser Wahlprüfsteine durch Frank Tempel (MdB, die Linke) am 19.06.13 um 18.00 Uhr zu unserer nächsten öffentlichen Vorstandsberatung im „Kuhstall“ Kleinwolschendorf!B.Rentzsch, f.d.Vorstand

Ich habe mir erneut die Seite " Abgeordnetenwatch" angesehen und stelle fest, dass wenige sich über das Abstimmungsverhalten "unserer Volksvertreter im Bundestag" zum Thema "Wasser ist ein Menschenrecht" beschwert haben.

Es kann uns doch wohl nicht egal sein, ob diese Herrschaften das Wasser an Konzerne verschern wollen!! Eine BI, die für sozialverträgliche Abgaben und Leistungsgerechtigkeit eintritt, sollte das auch tun denn Abgeordneten, die **gegen ein Menschenrecht WASSER** sind, sind keine Volksvertreter und man muss dies ihnen auch sagen!

Schaut in die BIZ-Homepage unter Links und Abgeordnetenwatch, dort ist die Möglichkeit! Diese Damen und Herren brauchen "Feuer", im September sind Wahlen. Noch ein Hinweis: schaut euch die Internetseite "Störsender-TV" www.stoersender.tv an! **Mit bestem Weckruf!**

Leserzuschrift von: Siegfried Beer

Der Vorstand der BIZ diskutierte auch auf Anregung von T.Besser zu Aktionen der BIZ!

Impressum: Zur redaktionellen Verarbeitung senden Sie Ihre Beiträge per Internet oder Post an folgende **Adressaten:** Dietrich Hoffmann, 07937 Zeulenroda-Triebes, Friedrich- Reimann- Str.3; rd.hoffi@t-online.de ; Siegmund Borek, 07937 Zeulenroda- Triebes, Flur Oerlich 5; s-borek-z@t-online.de *Die verwendeten Fotos ohne Quelle sind alle Privat
V. i. d. S. u. P.: Dietrich Hoffmann, Friedrich-Reimann-Str. 3, 07937 Zeulenroda-Triebes